



KREISMUSEUM
PRINZESSHOF

Die Reichstagswahl am 5. März 1933 war die letzte Wahl, an der andere Parteien als die NSDAP teilnehmen durften. In der Wahlzeitung „Echo der Zeit“ fordert die SPD die WählerInnen dazu auf, sich von den Versprechen der Nationalsozialisten nicht blenden zu lassen.

Echo

FÜR DIE WÄHLER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nicht irreführen lassen!

Am 5. März geht es um alles! - Deshalb schlägt die Nazis!

Deine Zeitung ist verboten!

Sei Du Zeitung!
Werbe, agitiere!

Sorge für den Sieg der Liste 2

der Zeit

Am 5. März soll der deutsche Wähler schon wieder einmal an die Wahlurnen treten, um den Reichstag und den preussischen Landtag zu wählen. Das „autoritäre Regime“ will es so.

Aber der Wähler ist wunderbar, und mit Recht! Innerhalb eines Jahres sechs große Wahlen — das ist eine Leistung, die die Regierungen, die sich nicht „autoritär“ nannten, sondern ihre Ewigkeitsberechtigung in der parlamentarischen Demokratie, in der Wählerstimme des ganzen deutschen Volkes sahen, nicht zu Wege brachten.

Der deutsche Wähler wird zum Dauerwähler, ohne daß es ihm besser geht!

1930 bis 1933

Seit den verhängnisvollen Reichstagswahlen des Jahres 1930, als deren Folge zum ersten Male Nationalsozialisten und Kommunisten einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik erhielten, geht es mit Riesenschritten bergab.

Seit 1930 ist die Wirtschaftsteilweise ebenso sehr angekommen, wie die Lebensverhältnisse des ganzen Volkes, wie Löhne, Gehälter, Unterhaltungen und schließlich auch Preise und Umfaß gesunken sind.

Seitdem „ohne und gegen die Marxisten“ regiert wird, seit nicht mehr die Sozialdemokratie Einfluß nehmen kann auf den Gang und die Entwicklung Deutschlands und seiner Politik, ist es noch tieferen Angehörigen des schaffenden Volkes bitter gegangen. Um Gegenteil: Nur schlechter und immer schlechter!

Wenn es wahr wäre

was Deutschland und Nationalsozialisten täglich erzählen: daß unter dem Wahrspruch der Souveränität der deutschen Bevölkerung, die Freiheit und die Ordnung zugrunde gehe, dann müßte höchstens seit 1930—1933 durch die antimarxistischen Regierungen bewiesen werden sein, daß es ohne Sozialdemokratie und gegen sie besser werden könnte. Die Tatsachen reden eine andere Sprache!

Die Regierungen von Brüning bis Hitler regieren nicht mit dem Volke, nicht mit den Parlamenten; sie regieren mit Notverordnungen, mit dem Reichspräsidenten.

Das mag bequem sein; es ist auch bei weitem leichter, zumal die Notverordnungsregierungen ohne ständige Kontrolle und Kritik des Parlamentes benehmen können, was sie ohne Parlament eigentlich zugunsten des ganzen Landes zu leisten vermögen.

Was aber haben die autoritären Regierungen bisher geleistet?

Welches waren die Ergebnisse der Verfügungen und Notverordnungen?

Die Wählerinnen und die Wähler brauchen nur um sich zu schauen, und die Antwort wird ihnen nicht schwer sein. Die Fabriken stehen still. Die Arbeitsfälle sind westlos. Die Wirtschaft ist zum Stillstand gekommen. Die Rohstoffe und die fertigen Waren finden keinen Abfah. Die Arbeitslosigkeit wird immer größer, und immer größer werden Reiz und Hunger.

Ein so hohes Wirtschaftskrisen läßt ein gesundes Denken nicht aufkommen.

In dem Willenskreis der Arbeitlosen steigt die Verzweiflung, in dem Meer der noch Arbeitenden wächst die Erbitterung.

Die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche werden tiefer.

Die geringe Schaar der Unternehmer, der Schichtarbeit und Großgrundbesitzer, der Bauern und Kleinrentner stützt am ihrer Vermögungsverlust.

In fortgeschrittenem Umfange unterwerfen sie sich mit letzter Anstrengung die Organe des Reiches, der Staaten und der Gemeinden.

Der Terror wütet

Die Wirtschaftskrise ist nicht nur begleitet von dem Hunger der Kinder und den Tausenden hungernder Wälder. Sie ist auch begleitet von einer Reihe blutigen Terrors und politischer Unfreiheit. Hunderte und über Hunderte deutscher Volksgenossen liegen erschlagen im politischen Kampf. Die Taten fragen um! Ihr Blut heißt Verurteilung! Ihr Geist fordert das Recht zurück auf Freiheit; ihr stummer Mund mahnt die Überlebenden zum erbitterten Kampf um eine Gesellschaftsordnung, die mit dem Verstand des Volkes einverstanden, die dem deutschen Volke und seinem Volke den Weg zur Wohlfahrt und zum Sozialismus ebnet.

Soll das alles so bleiben?

Soll es noch schlimmer werden? - Bringen Hugenberg und Papen Rettung?

Die Sozialdemokratie fordert

die endgültige Inangriffnahme der Arbeitsbeschaffung durch Reich, Staat und öffentliche Betriebe; sie verlangt eine Senkung der Arbeitszeit, eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Unterhaltungen, eine Sicherung des kulturellen und gewerkschaftlichen Mittelstandes, die Eingliederung aller arbeitsfähigen Kräfte des Volkes in den Produktionsprozeß.

Das Volk steht nun vor der Frage, was die Sozialdemokratie durch Gegenwehr im Parlament zur Bekämpfung des Wirtschaftskrisens fordbereit:

Enteignung des Großgrundbesitzes;
Enteignung der Schwerindustrie;
Enteignung der Banken;
Enteignung der ehem. Fürsten;
Errichtung einer Planwirtschaft;

Am 5. März gilt es, die Reaktion vernichtend zu schlagen!

Am 5. März darf nur eine Sache triumphieren: die des Volkes!

Am 5. März wählt das Volk nur Liste 2

Kontrolle der Wirtschaft durch das ganze Volk

Daneben kämpft in diesem Wahlkampf die Sozialdemokratie um

die Beseitigung der sozialpolitischen Notverordnungen

die den Arbeiter, den Angestellten, den Beamten, den Bauern und Gemeindevorständen in das Leben gedrückt haben;

daneben kämpft die Sozialdemokratie um endliche Beseitigung der hohen Gehälter und Pensionen,

um eine Umgestaltung der Bürgersteuer,

um Schutz für Mieter;

um Schutz für Stedler und Pächter;

um Schutz unserer Jugend.

Keine Wählerin und kein Wähler werden sich der Möglichkeit in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Forderungen entziehen können. Sie müssen deshalb bei uns stehen und mit uns kämpfen.

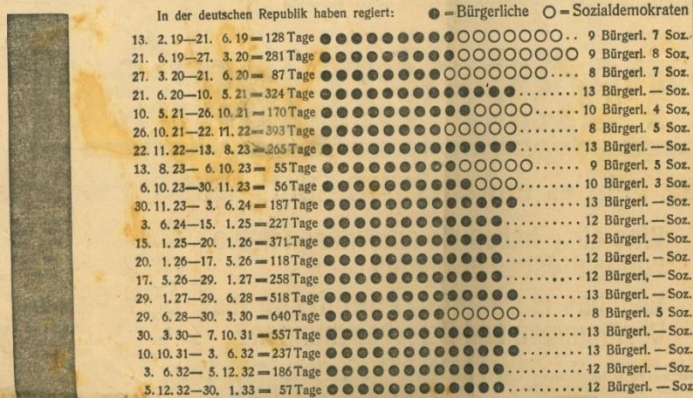


KREISMUSEUM PRINZESSHOF

Wer regierte in Deutschland?

In den letzten 14 Jahren

Der Reichskanzler Hitler hat am 30. Januar im Rundfunk vor aller Welt verkündet: 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert! Diese Behauptung, die in allen Hitlerreden dem Sinn nach wiederkehrt, steht mit den Tatsachen im schärfsten Widerspruch. Das beweist die nachstehende Tabelle:



Wir stellen fest:

1. Die Sozialdemokratie war nur 5 Jahre von 14 an 8 Koalitionsregierungen beteiligt. In denen sie immer in der Minderheit war.
2. Die Sozialdemokraten hatten nur in 4 dieser Regierungen die Führung, das heißt, den Posten des Reichskanzlers inne. Von 20 Reichskanzlern der Republik waren nur 4 Sozialdemokraten.
3. 9 Jahre regierten bürgerliche Minister allein, also über 2/3 der Zeit, für die Herr Hitler die Marxisten verantwortlich macht.
4. In den 8 Regierungen, an denen die Sozialdemokraten beteiligt waren, standen 44 Sozialdemokraten 71 Bürgerlichen bis zur Deutschen Volkspartei gegenüber.
5. In den 12 rein bürgerlichen Regierungen saßen

9 Jahre 151 Bürgerliche allein

Hierzu gehörten drei Jahre Vertreter der Partei des Herrn Hugenberg, der den von Herrn Hitler verkündeten Aufruf mitunterzeichnet hat. Rechnet Herr Hugenberg sich etwa auch zu den Marxisten?

221 Bürgerliche gegen 44 Sozialdemokraten

7. Als die Machthaber des alten Systems im November 1918 feige davongelaufen waren, haben die Sozialdemokraten allein in den drei Monaten vom Zusammenbruch bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung aus dem Chaos des alten Systems eine neue Ordnung geschaffen. Das ist das „Novemberverbrechen“ der Sozialdemokraten.

Weiß Herr Hitler das nicht?

Weiß Herr Hitler nicht, daß seine Behauptung, der Marxismus habe 14 Jahre regiert, den geschichtlichen Tatsachen ins Gesicht schlägt? Weiß er nicht, daß die Mehrheit des Volkes immer den Vertretern kapitalistischer, also anti-marxistischer Parteien seine Stimme gegeben hat? Dann aber sagen wir ihm, in all den Jahren hat immer der Kapitalismus regiert und Deutschland ruiniert, aber

Niemals der Marxismus wählt Liste 2

Arbeiter und Bauern erhören

Osthilfe

Nicht Wohltat, sondern Skandal

Von der Hilfe blieb naturgemäß auch die Landwirtschaft nicht verschont. Arbeiter und Bauern erhören! Sie erfüllt die Kaufkraft der letzten Jahre, dann müssen die Preise hängen und die Arbeiter bei vollen Scherren hängen.

Am 28. September 1932 in der Landwirtschaft vorzubereiten. In dem Reich die sogenannte Osthilfe eingerichtet worden. Sie sollte nicht nur die in den kriegsbedingten Jahren sehr erlittenen Ostgebiete, sondern auch die durch die Verfeinerung zu sichern und umzuwandeln. Dieser an sich gelobte Gedanke ist im Verlauf der letzten Jahre

aus einer Wohltat zur Plage und zum Skandal geworden.

Die Osthilfe wurde in den Händen der Junkern zu einer Vermögensverflechtung des Großgrundbesitzes und zu einem System des Betruges am kleinen Ökologen. Der Osthilfekommissar, gegenwärtig als Reichsminister für Ost- und Ostlandangelegenheiten, ist deutschnational und nationalsozialistisch. Er finanziert die Parteien des autoritären Systems und läßt sich die von ihm gegebenen Hilfen verhandelt von „dem System“ wiedergeben. Der Osthilfsfonds erfüllt aber auch einen anderen

Betrug an den kleinen Landwirten

Deutschlands drei Millionen Kleinlandwirte, von denen 10 im Osthilfsgebiet 700 000 befinden (etwa unter zwei Drittel landwirtschaftlich betriebl. Fläche), leben in großer Not. Aber keiner von ihnen erhält aus der Osthilfe auch nur einen Pfennig.

Von Deutschlands zwei Millionen Klein-, Mittel- und Großbauern, von denen 200 000 im Osthilfsgebiet leben (etwa über 100 000 landwirtschaftlich betriebl. Fläche), erhalten im Osthilfsgebiet jedes Jahr 45.5 Millionen aus der Osthilfe; während der Erde erhält keiner einen Pfennig.

Die großen also der Grundbesitz, desto mehr in ihm gegeben werden. Die Kleinen haben nichts erhalten, die Großen um 10 mehr. Hier ist der Beweis:

Auf die mittleren Betriebe entfiel im Durchschnitt ein Zuschußbetrag von weniger als 100 Mark, während jeder Großgrundbesitzer im Durchschnitt mehr als 17 000 Mark erhält.

Wenn die Osthilfe nach dem Willen des Reichslandbauern ihre Fortsetzung findet, dann hat kein Kleinrentner, nur jeder 11. Klein-, Mittel- und Großbauer, aber nahezu jeder Großgrundbesitzer Osthilfe erhalten. Im Haushaltsanschlag des Reichstages sind zahlreiche Einzelbeispiele für die Verteilung der Gelder aus der Osthilfe an die Großgrundbesitzer mitgeteilt worden. Was von diesen heißt hier

einige der bemerkenswertesten:

Stammherr von Oberdorf auf Hainhofen, früherer ostpreussischer Abgeordneter, erhält 21 000 Mark aus der Osthilfe, weil er zu seinen 17 000 Morgen Land noch ein weiteres Gut in der Ostpreußen besitzt.

Der Präsident der Bismarckischen Bauernschaft, v. Himmelfing, läßt durch eine Großhandlung des Reichslandbauern durchführen; die Güter sollen seinen Kindern erblich, trotzdem pausiert er mehrere 100 000 Mark, damit seine Vermögenden sich ihr Gut sichern können.

Die beiden Grafen von Rohlfing im Ostpreußen haben in zwei Jahren rund 700 000 Mark Schulden gemacht. Junkerregierungen sind ihnen kein Pfennig verschuldet. Ihre ungeheure Vermögen befindet sich im Ausland, vermutlich in der Schweiz.

Herr von Löffel in Westpreußen erhält eine Umwidmungssumme von 200 000 Mark, ein Vorhaben von 31 000 Mark und außerdem wurde eine Kasse von der Ritterchaft abgeholt. Der Herr von Löffel hat seinen Besitz erblich, die Schulden des Löffel sind erblich, weil er sein Vermögen verpfländert, verpfändet und verpfändet hat. Ertrinken muß der Reichsminister die Umwidmung auf Umwidmung.

Die Gemarkung von Hohensoltau, die Frau Wilhelms II. ist auch dabei. Sie be-



KREISMUSEUM
PRINZESSHOF

mühte sich um die Entscheidung der mit ihr ver- wandten Prinzessin Margarethe und des Prinzen Hans Georg von Schönburg-Carolath. Die Mil- lionenschuld der Hohenzollern reicht also an- scheinend noch immer nicht aus. Das Reich zahlt für ihre Verwandtschaft die Schulden.

Die ganze „Blüte der Nation“

Besteht sie unter den Reuten, für die die Mil- lionen der Steuerzahler gerade gut genug sind: Graf von Saxe-Magm.-Dohrenburg, Prinz Ulrich von Schönburg-Walden- burg, Graf von Vädler-Freibahn, Graf von Dohnau-Willshagen, Sr. Königs- berg, Graf von Ranitz, Hauptmann a. D. Kortüm, Rittergutsbesitzer Douglas auf Zer- som.

Freiherr von Wolf-Gretlin, von Schönemarck-Harnelot, Generalmajor a. D. v. W. v. H. Frau Major von Weisste, Kallanda, Herr von Wiese, Dwarischohn-Willfallen, Anton von Hochberg-Buchwald, General Heßl, Grafen bei Dierode, Graf von Kalckstein, Arnberg, v. u. v. u.

So hebt die Offiziere aus! Das heißt man Entlohnung der Landwirte! Das sind die Freunde der kleinen und der kleinsten Land- wirt!

Der Arbeiter in den Städten kämpft gegen das System der Junker und der Schwei- gelisten, gegen den Terror der Reaktion der Nationalsozialisten, weil er weiß, daß nur dann der Bauer und dem Arbeiter der Stolz und der Kraft gekostet werden kann, wenn zuvor seine Feinde besiegt sind.

Bauern und Arbeiter! steht zusammen!

Kämpft mit der Sozialdemokratie die Ent- scheidung des Großgrundbesitzes und dessen Umwandlung in Bauernland!

Kämpft zusammen mit der Sozialdemokratie Befreiung des bisherigen Wirt- schaftssystems.

Rang genau haben Bauern und Arbeiter unter dem Schmarotzertum des raffenden Kapitals ge- litten.

Sieht euch nicht länger von Deutsch- nationalisten und Nationalsozia- listen betrügen und an der Nase herumzuführen!

Für ein freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland gegen allen Betrag der Junker und der Schwerindustrie!

Kämpft und siegt mit der Liste 2!



Arbeiter der Stirn und der Faust?

Wir stellen vor: die neue Reichsregierung

5 Adlige



Freiherr von Neurath



Freiherr Eitz von Rübenach



Graf von Schwerin-Krosigk



Franz von Papen



Generalleutnant von Blomberg

2 Unternehmer



Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg



Fabrikbesitzer Franz Seidte

3 Akademiker



Dr. Gürtner



Oberamtmann Dr. Frick



Dr. Gereke

Dazu noch einen Hauptmann und Herrn Hitler selbst



Hauptmann n. D. Göring



Adolf Hitler

- Kein Arbeiter
- Kein Angestellter
- Kein mittlerer oder unterer Beamter
- Kein Mittelständler
- Kein Handwerker
- Kein Bauer

Nationalsozialisten!

Sind das eure Arbeitervertreter?

Arbeiternot ist Bauerntod!

Der frühere deutschnationalen Abg. Schlang-Schöningen, der selbst Groß- grundbesitzer ist, aber sich nicht ent- schüden läßt, der früher Kommissar für die Offiziere war und deshalb die Verhältnisse genau kennt, hat das mehr Wort ausgesprochen:

Arbeiternot ist Bauerntod!

Je geringer der Lohn des Arbeiters, je niedriger die Unterstützung der Er- werbstlosen, die Rechte der Kriegs- wehrblinden ist, um so weniger können die Volksteile an Lebensmitteln kaufen. Der Absatz ist eingeschumpft, die Preise gehen zurück.



Appell an die Frauen

Mütter, Mädchen, am 5. März nur die Liste 2

Rüffelt die Frauen auf! Keine Frauenstimme für Hugenberg, keine Frauen- stimme für Hitler, keine Frauenstimme für Papen und Seidte! Keine Frauen- stimme den Parteien der Koalition, der Entrostung und des wirtschaftlichen Verfalls. Die Frau hat ein besonderes Interesse daran, einen Sieg des deutschnational-nationalsozia- listischen Gewaltregimes zu verhindern.

Sie wollen, welche seelische und materielle Not die täglichen Ausschreitungen gewalttätiger Vandalen über unglückliche Familien bringen. Sie wollen, daß der Nationalsozialismus selbst beseitigt, die Frau auch wieder zur Die- nerin, zur Mach-beraubenden werden; sie soll nicht mitreden in Staat und Gemeinde.

Die Frau selbst am härtesten unter den Kürzungen der Löhne, Unterstüßungen und Renten, die seit dem Anwachsen der Nationalsozialisten in Deutschland durchgeführt wurden.

Die Frauen sind am härtesten bedroht, wenn eine militärische oder nationalsozialistische Politik zu blutigen Zusammenstößen führen sollte.

Deshalb, Frauen und Mädchen, kämpft zusammen mit den Männern gegen die schändliche Gefahr, für ein freies Deutschland!



KREISMUSEUM
PRINZESSHOF

Die Marxisten sind schuld

Arbeitslosigkeit und Elend

In Italien	1 500 000	Arbeitslose; es herrscht Hunger und Elend
In Amerika	10 000 000	Arbeitslose; es herrscht Hunger und Elend
In Frankreich	750 000	Arbeitslose; es herrscht Hunger und Elend
In England	2 750 000	Arbeitslose; es herrscht Hunger und Elend
In der Tschechoslowakei	300 000, Polen 350 000, Holland 180 000, Oesterreich 200 000, Japan 800 000	Arbeitslose.

In allen Ländern sind über 30 Millionen Arbeitslose! — In allen Ländern Hunger und Elend!

Wer da behauptet, daß in Deutschland die Marxisten schuld sind, sagt die Unwahrheit

In allen diesen Ländern
regiert das kapitalistische System!

Italien, Amerika, England, Frankreich — alle Länder haben nur kapitalistische Regierungen gehabt. Der Kapitalismus ist schuld am Elend in allen Ländern!

Wollen die Nazis den Sozialismus?

Mit den Geldmännern Hugenberg und Papen? Mit den Großgrundbesitzern, den Nutznießern der Osthilfe, mit den Bank- und Börsenmännern?

Nazi-Proleten, glaubt ihr, daß diese den wahren Sozialismus wollen?

Am 5. März: Weg mit dem kapitalistischen System! Weg mit der Ursache der Arbeitslosigkeit, des Elends!

Für den wahren Sozialismus - Für Liste 2

Novemberverschreiber?

Kreisleiter Sunkel, NSDAP., über die

verkalkte schwarz-weiß-rote Reaktion

Gedächtnis- und wortgetreue Wiedergabe eines nationalsozialistischen Flugblattes.

An die nationale und sozialistische Bevölkerung Riels!

Die Zeit eines Witternichts hat in Deutschland wieder ihren Einzug gehalten!

Nach dem Sturz des nachnovemberlichen Systems, das Deutschland in 14 Jahren in Grund und Boden regierte, ernannte der Reichspräsident von Hindenburg ein „Übergangskabinett“, „nationaler Übergangskabinett“. Ungeachtet des von dem ehemaligen leitenden Generalsekretär der nationalsozialistischen Bewegung, es handelte sich bei diesem Kabinett wirklich nur um ein „Übergangskabinett“, und obwohl das deutsche Volk am 31. Juli mit übermütiger Einseitigkeit dieses Kabinett „nationales“ Kabinett ablehnte und seinen Willen kund tat, sozialistisch regiert zu werden, hat Herr von Hindenburg sich über den Willen des von ihm so „geliebten deutschen Volkes“ hinweggesetzt.

Er und die ihn umgebende Clique verfallener schwarz-weiß-roter Reaktionäre haben es abgelehnt, dem Willen des Volkes und dem Sinne der Verfassung, auf die er vereidigt wurde, Rechnung zu tragen.

Dieses Kabinett von Selbstherrlichkeiten Gauden wagt es heute mit Zwangsmaßnahmen, Notverordnungen und Einnahmepflichten das arbeitende deutsche Volk zu knechten und zu knebeln, und findet in seinen unteren Beamtenorganen allzu willige Anführer.

Damals, im November 1918, kannten diese nachnovemberlichen Vertreter eines älteren Weltalters gar nicht schnell genug verschwinden und sich in Sicherheit bringen.

Dieses Flugblatt erschien am 23. August 1932!

Und heute? Heute sitzen Nationalsozialisten mit den „verkalkten schwarz-weiß-roten Reaktionären“, mit den „Männchen des 9. November 1918“ in den „Regierungssesseln und letzten Pfünden“.

Das Volk aber wartet auf Arbeit, Freiheit und Brot!

Zwei Millionen!

Um die Dr. Gereke und Oskar von Hindenburg am besten Bescheid wissen

In Plingstätt, Versammlungen und Zeitungsartikeln behaupten die Nationalsozialisten und die mit ihnen verbundenen „Leuten“, daß die Regierung Braun-Gereke im November zwei Millionen Reichsmark den „November-Parteien“ als Wahlhilfe zur Verfügung gestellt habe.

Die Regierung Otto Braun erklärt, daß der ein Verleumdung sei, der diese Behauptung aufstellt.

Die Sozialdemokratische Partei erklärt, daß sie aus Regierungsmitteln noch niemals auch nur einen Pfennig als Wahlhilfe erhalten hat.

Was nicht für die letzte preußische Landtagswahl, für die angeblich die Summe ausgerechnet worden sein soll. Einmal ist lediglich, daß die Regierungsbürokratie die von den Nationalsozialisten angeführte Summe verwendet hat zur „Bekämpfung des Verdrößerungs“.

Wie viele Gelder verwendet wurden, darüber können am besten der jetzige Reichsminister Dr. Gereke und der Oberst von Hindenburg, der Sohn des Reichspräsidenten, Auskunft geben.

Eine Frage aber ist es, wenn irgendwer behaupten sollte, daß die Sozialdemokratie jemals Regierungsmittel zur Führung ihrer Wahlkämpfe erhalten hat.

Wie solche Dinger aufzutreten können, sagt Ihnen das Maul! Sagt Ihnen, daß sie Blüher und Verleumder sind!

Die Gegner der Rotes und Gelbes der Freiheit glauben, daß der Arbeiter, welcher allen Verleumdungen ausgeliefert ist, weil ihm keine Zeitungen mehr zu lesen worden sind, sie küssen sich!

Man kann wohl eine Zeitung verbieten, aber nicht verhindern, daß fast jeder Arbeiter, in den Händen von Sozialdemokraten die Wahrheit ausspricht.

Und heute ist jeder Arbeiter selber Zeitung. Er ist der Registrator, er ist der Arbeiter, der an die Stelle seiner verbotenen Zeitung getreten ist.

Kämpft mit ihm, kämpft mit uns, kämpft mit dem Arbeiter, Bauern, kämpft mit allen Schaffenden für die Liste 2, für einen sozialdemokratischen Wahlsieg am 5. März!

Bezugsstelle und für den Inhalt verantwortliche: Wille, Westhof, Nationalsozialist: Dr. Kuntz & Co., beide in Riel.

Damals haben die Herren, die sich heute anmaßen, das deutsche Volk regieren zu können, eben so wenig und sich damit für alle Zeiten das Recht erworben, von diesem Volk als Führer anerkannt zu werden.

Sie nennen sich heute in hohen Tönen „nationale Männer“ und sind doch nur Mänschen und Pöpsel.

Das deutsche Volk lehnt sie ab.

Vom deutschen Volk geht nach der Verkalkung die Staatsgewalt aus!

Aber was kümmert das diesen Mänschen!

Einmal habt ihr Deutschland in Grund und Boden regiert! Ihr seid die wahren Schuldigen des 9. November 1918! Mit Euch, mit Eurer Gesellschaft, mit Eurer Welt, mit Eurer Gefinnung verbindet uns nichts, gar nichts! Das Einzige, was wir für Euch empfinden, ist Haß; Haß, der eines Tages zur Tat überleiten wird und Euch hinwegfegen wird von Euren Regierungssesseln und letzten Pfünden.

Wir lassen uns von Euch nicht länger nachführen!

Wir wollen Arbeit, wir wollen Freiheit, wir wollen Brot! Wir wollen ein sozialistisches Deutschland!

Und weil wir dies wollen, deshalb wollen wir endlich einmal aufstehen mit dem ganzen Runder nachnovemberlichen Dyanitismus, dessen ausgepeinigter Vertreter die Herren Gereke im „Übergangskabinett“ von Papen sind.

Kreisleitung Riel der NSDAP.
gg. Sunkel, M. & G.